

den Mittelstand ein Kernproblem für den Aufbau bei uns hier in den neuen Bundesländern ist.

Wir sind noch im Zeitrahmen. Ich möchte Ihnen allen herzlich dafür danken, und wir haben nun eine Stunde Zeit für die Diskussion. Ich bitte Sie, davon rege Gebrauch zu machen. Ich habe bisher eine Wortmeldung, und zwar die des Kollegen Kuhn.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Ich möchte hier doch noch ganz kurz zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Werner, etwas ergänzen oder korrigieren. Es tut mir richtig leid, daß Sie so wenig vernünftige Berater gehabt haben, die eigentlich Sie als kleinen Unternehmer gerade im steuerrechtlichen Bereich so wenig beraten haben. Sie hatten dadurch nicht die Möglichkeit, im investiven Bereich einzusteigen.

„Grüne Wiese“ ist immer das Reizwort in Ostdeutschland. Aber erinnern wir uns doch einmal zurück. Wie war es denn, als die Revolution 1989/90 ihren Lauf nahm? Was waren denn die ersten Forderungen nach der Währungs- und Sozialunion? Als das richtige Geld da war, wollten unsere Bürger nicht mehr die Waren aus ihren eigenen Betrieben kaufen. Sie hatten Bedürfnisse in westlicher Richtung, nach Westwaren, und sie haben konkret gesagt: Herr Bürgermeister, was tun Sie endlich dafür, daß wir „Aldi“, „Quelle“ etc. hier haben, damit wir auch letztendlich nicht die teuren Waren kaufen müssen? Also, das war schon ein dynamischer Prozeß. Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen, wir brauchen unbedingt ein Programm, das die Revitalisierung unserer Innenstädte beinhaltet. Im Bereich der Rückgabe vor Entschädigung sind Sie mir ein sehr seltenes Beispiel, weil Sie eigentlich als ehemaliger Eigentümer das nutzen sollten, aber das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen in Leipzig hat ausgesprochen langsam gearbeitet. Da müßte man doch dort mit den zuständigen Bearbeitern auch mal reden. Wenn Sie also schon eine Investitionsvorangebescheinigung bekommen haben, dann muß natürlich irgendwann die Entscheidung komplett sein, die Eintragung ins Grundbuch, damit die Belastbarkeit mit der Grundschuld funktionieren kann. Darüber würde ich mich ganz gern mit Ihnen nachher mal unterhalten.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Darf ich vielleicht bitten, Herr Kuhn, daß wir doch zu Fragen kommen.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Gut, in der Beziehung kenne ich die Programme, so wie sie existieren. Ich kann nur sagen, Handelseinrichtungen haben keinen Pfennig Förderung bekommen, ob sie sehr groß waren, ob sie auf der „grünen Wiese“ waren, spielt keine Geige. Die Erschließung der Gewerbegebiete ist passiert. 70 % Gewerbe, 30 % Handel, das mußte gegeneinander aufgerechnet werden. Ich kann keine Bevorteilung erkennen. Fragen habe ich diesbezüglich nicht, aber das hat mich erst einmal inspiriert, weil ich das selber am Praktischen in meiner kommunalpolitischen Zeit miterlebt habe.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dr. Karl Wilhelm Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe nur eine ganz kurze Frage. Herr Werner hat von den Schwierigkeiten oder den Erfahrungen mit Banken gesprochen. Mich würde von den anderen Teilnehmern, von Frau Lotzmann, Herrn Fischer oder Herrn Fell ihre Erfahrung interessieren, was der Mittelstand im Umgang mit dem Bankgewerbe für Erfahrungen sammeln konnte. Man liest ja häufig in den Zeitungen, ich gestehe, ich bin kein Ökonom, ich kann das also nur als Zeitungsleser und Konsument von Medien beurteilen, daß die Banken in den neuen Ländern bei der Vergabe von Investitionskrediten oder auch von Dispositionskrediten besonders streng, besonders schikanös prüfen, und häufig eher zu einer negativen Entscheidung neigen, als zu einer positiven, die im Sinne einer Förderung des Mittelstandes wünschenswert wäre. Wie sind da Ihre Erfahrungen?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Lotzmann, Herr Fischer oder Herr Fell bitte.

Wolfgang Fell: Also wenn keiner antworten will, möchte ich versuchen, Ihnen eine Antwort darauf zu geben. Ich kann Ihnen nicht für alle 50.000 kammerzugehörigen Unternehmen eine globale und für alle aussagefähige Antwort geben. Es ist richtig, daß es viele Ablehnungen gegeben hat. Es ist auch richtig, daß viele Auflagen erteilt worden sind, die manchen Unternehmen zu hoch erscheinen. Ich gebe aber auch zu bedenken, daß die Banken auch Verwalter von privatem Vermögen sind. Jeder, der sein privates Vermögen auf seiner Bank liegen hat, möchte natürlich auch, daß seine Bank sein Vermögen soweit wie möglich vermehrt, und nicht sein Vermögen für irgendwelche spekulativen Kredite vergibt, die nicht entsprechend abgesichert sind. Darüber gibt es wohl keinen Dissens. Ich wehre mich auch, eine allgemeine Bankenscelte zu erteilen. Dagegen wehre ich mich, weil es so nicht stimmt. Die Kammer hat, wenn der Unternehmer zur Kammer gekommen ist, versucht, zu helfen. Der Unternehmer sollte auch den Weg über die Kammern suchen, einschließlich der Beratung über mögliche Fördermittel. Und da wird natürlich schon das eine oder andere Konzept auf seine Tragfähigkeit abgeklopft, das ist richtig. Aber daß eine Bank eine Sicherheit für den Kredit braucht, daß ist wohl selbstverständlich.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Zu dieser Frage will Frau Lotzmann noch etwas beitragen.

Martina-Elvira Lotzmann: In einem bestimmten Umfang habe ich das vorhin schon gesagt, aber ich kann mich der Bankenscelte überhaupt nicht anschließen. Sicherlich habe ich sowohl in dem Unternehmen, das Osteuropageschäfte gemacht hat, als auch mit dieser Lotzmann-Bekleidung GmbH, obwohl die Textilindustrie ganz besonders auch von den Beamten sehr kritisch beäugt wird, eine Bankenfinanzierung bekommen. Natürlich mußte auch ich meine Unternehmenskonzepte unglaublich detailliert darlegen etc. Das ist aber ganz normal. Und natürlich hat auch die Bank ein Problem mit neu gegründeten Unternehmen, das ist ja nun kein Geheimnis. Es ist für die Banken schwierig zu beurteilen, ist das nun ein Unternehmer, der in der Lage ist, dieses Unter-

nehmen zu führen oder nicht. Ich habe an meinem Beispiel schon erleben müssen, obwohl es ja nun gerade Felder sind, wo die Banken eigentlich besonders zähe sind, daß sie sich an meine Seite gestellt haben. In der bereits beschriebene Situation im Sommer diesen Jahres, als wir diesen Crash-kurs mit Lohnarbeitswegfall hatten, hat die Bank an meiner Seite gestanden und hat gesagt, wir stellen uns neben dich, kläre deine Zukunft, und wenn du sie klären kannst, dann werden wir dich weiter begleiten. Und ich weiß es auch von einer ganzen Reihe anderer Unternehmen, wo die Banken hilfreich tätig waren und sind.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Professor Dr. Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Meine Frage richtet sich zunächst an Herrn Fell, aber zum Teil auch an Frau Lotzmann. Wir haben heute morgen wieder mal erfahren dürfen, was wir schon wußten, daß der Mittelstand eine tragende Säule des nationalen Marktwirtschaftssystems insgesamt ist. Nun wissen wir aber auch, daß dieses marktwirtschaftliche System seit geraumer Zeit vor einer fundamentalen Strukturkrise steht. Stichwort Globalisierung. Meine Frage jetzt an Sie: Erreicht diese umfängliche Globalisierungskrise und Strukturreform nicht auch den Mittelstand? Gibt es im Mittelstand neue Ansätze, um die Globalisierungskrise und Strukturreform zu bewältigen?

Wolfgang Fell: Die Globalisierung der Märkte ist ein Stichwort, aber die Globalisierung der Märkte trifft natürlich nicht auf den Mittelstand zu. Wir müssen uns natürlich darüber im klaren sein, wie der Mittelstand definiert wird. Was ist der Mittelstand? Ist der Mittelstand ein Betrieb, der wie die „Metro“ oder wie „Karstadt“ geführt wird? Oder ist der Mittelstand, wie hier vor allem im Osten, ein Kleinstunternehmen, wo der Inhaber und seine Ehefrau, vielleicht noch ein Angestellter oder der Sprößling mitunter das Geschäft bewerkstelligen?

[Aufnahme defekt, Tonband völlig unverständlich!]

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich kann genau anknüpfen an das, was jetzt diskutiert wurde. Ich habe den Eindruck, wenn wir die Zahl hören, 200 Milliarden Defizit in Ostdeutschland, dann liegt dort eine erhebliche Schwäche. Es ist nicht gelungen, ausländische Märkte zu erhalten oder neue zu erschließen. Da wir über den Mittelstand reden, habe ich den Eindruck, daß der Mittelstand keine ausreichende Zuwendung erfährt, wie es bei der Großindustrie der Fall ist. Ich denke an die Hermesbürgschaften, an Unterstützungsleistungen für Messen usw. Sie haben das ja bereits angesprochen. Ich glaube, daß es notwendig ist, und dazu würde ich gerne Ihre Meinung erfahren, den Mittelstand in seiner Tätigkeit stärker im Ausland beim Verkauf oder beim „global playing“ zu unterstützen. Westdeutsche mittelständische Firmen haben enorme internationale Verkaufserfolge erzielt. Ist es nicht notwendig, das Förderinstrumentarium um diesen Aspekt zu ergänzen? Dazu würde ich gerne Ihre Meinung hören.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Lotzmann bitte.

Martina-Elvira Lotzmann: Auch dazu meine Meinung, ein bißchen habe ich es vorhin anklängen lassen. Man darf natürlich die Förderung nicht überziehen. Irgendwo gibt es da auch schon ein Problem in der Wettbewerbsgleichheit. Wenn wir hier zu sehr eingreifen, werden wir sehr schnell die Kritik der westdeutschen Unternehmen gegen uns haben, die sagen, es käme zu einer Wettbewerbsverzerrung. Diesen Grad der Förderung zu suchen, da könnten wir die Hilfe gebrauchen. Wie sinnvoll kann die Förderung angesetzt werden, daß sie wirklich nützlich ist, aber eine unangreifbare Förderung bleibt? Ich glaube, das ist sehr wichtig, und an der Stelle ist die Messförderung sicherlich ein Thema, das den Unternehmen in Ostdeutschland enorm helfen könnte, in neue Märkte zu gehen. Was sie mit keinem Fördermittel auch nur im Geringsten beheben können, ist die Kritik meiner Kollegen Unternehmer. Ich beobachte sie und die beobachten mich. Wenn ich sage, ich fliege jetzt nach Kanada, weil ich dort mit einer Agentur verhandle, dann sagen die zu mir, die ist ja verrückt, was macht denn die da in der Welt, die soll sich doch erst einmal in ihr Büro setzen und soll mal schauen, daß sie hier in Deutschland ihre Ware verkauft. Es gehört schon Überwindung dazu, wirklich ins Ausland zu gehen. Schauen Sie sich an, was an Messförderung möglich ist und wie wenige Firmen diese Mittel in Anspruch nehmen. Wir dürfen ja auch eins nicht vergessen, bei der Messförderung ist ja nach wie vor ein bestimmter Anteil Eigenfinanzierung erforderlich, der aufgebracht werden muß. Bei den Messen muß ich natürlich als Unternehmer meine Prioritäten setzen und sagen, ich muß mir das dann leisten, den Eigenanteil auch aufzubringen. Messförderung ist häufig ein mühseliger Prozeß.

Ein zweites Problem, wo ich selbst keine Lösung weiß. Es betrifft vor allen Dingen solche Unternehmen, die irgendwelche Muster produzieren müssen. In Leipzig gibt es einen Turmuhrenhersteller. So eine Turmuhr kostet viele Tausende Mark. Ich war mit diesem Turmuhrenhersteller zusammen in Amerika. Dort haben sie ihn alle überrollt und fanden die Uhren ganz schick. Absatz hat er dort noch nicht. Er müßte jetzt an verschiedenen Stellen in den USA so eine Uhr aufstellen mit der Adresse, wo diese Uhren produziert werden. Das kostet dem Produzenten viel Geld, was er nicht hat. Und diese Markteinstiegsprobleme, die sind durch kein einziges Förderprogramm geregelt. Ich weiß auch nicht, wie es gehen kann. Aber das halte ich für unheimlich wichtig. Es gibt einen weiteren Unternehmer in Dresden, der braucht 1 Mio. DM, um in Taiwan mit seinem Produkt in den Markt zu kommen. Das hat er ganz genau analysiert. Der weiß aber auch, wenn er es tut, hat er dort Erfolg. Nun fragen ich Sie, wie er zu der Million kommen soll? Das kann ihm keiner beantworten. Wir müßten auch für solche Unternehmen spezielle Programme zur Eigenkapitalhilfe anbieten.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke Frau Lotzmann. Herr Fell bitte.

Wolfgang Fell: Ich würde den Satz von Ihnen, Herr Hiller, nicht so stehen lassen wollen, daß es keine Zuwendungen für den Mittelstand gebe, und daß alle Fördermittel nur an die großen Firmen gehen. Es ist natürlich viel an die Großen gegangen, und das sind natürlich die sogenannten Highlights, die dann im Blätterwald stehen, die natürlich auch schon ein bißchen weh tun. Wenn ich daran denke, daß an die französische Firma Elf Aquitaine allein 350 Mio. geflossen sind, und ohne Erfolg. Diese Dinge tun weh. Wenn Sie von einer Milliarde Fördergelder ausgehen und wissen, daß die französische Firma Elf Aquitaine 2.500 Beschäftigte zugesagt hatte, aber in der Raffinerie nur 850 Arbeitskräfte beschäftigt sind, so ist das für einen Mittelständler schwer zu verstehen. Mit der Milliarde könnten Sie vielen Mittelständlern unter die Arme greifen und unzählige Mittelständler unterstützen. Das sind so Dinge, die nicht stimmen, aber ich möchte es auch nicht unkommentiert lassen. Auch die Bemerkung, der Handel habe nie Fördermittel bekommen, ist nicht ganz richtig. Ich habe zwischen 8 % und 12 % Investitionszulagen vom Staat erhalten. Ich weiß nicht, wie das bei den Bäckern des Landes war. Sie haben heute auch noch eine 10 % Förderung im Handel. Auch das ist ein Problem, über welches man zu reden hat, damit der Handel weiter in der Förderung bleibt. Es ist natürlich nicht einzusehen, warum man den Handel großflächig ausnimmt. Man muß sich natürlich darüber unterhalten, was ist Handel und wen will ich fördern? Will ich den Handel fördern, der eine Verkaufsfläche von 300 qm hat, das ist dann wieder der kleine Mittelständler, oder will ich Aldi oder Edeka oder wen auch immer fördern? Der Handel sollte natürlich gefördert werden. Auch die Unterstützung von Messen ist notwendig. Die Kammern haben ein Förderprogramm für Messen aufgelegt. Das Unternehmen muß mit seinen Produkten auf die Auslandsmärkte, denn woher soll das Ausland wissen, daß es so viele hervorragende Produkte gibt. Frau Lotzmann, ich gebe Ihnen völlig recht, daß der hiesige Mittelstand sich diesen Speck noch nicht angefuttert hat, um Investitionen in Messen zu tätigen. Dazu braucht der Unternehmer die Förderung, auch vom Land. Es wäre mir schon wichtig, diese Messeförderung breiter anzulegen. Aber ich sagte es auch schon eingangs, wir brauchen nicht allein nur solche Fördermittel, sondern wir brauchen wirklich die Begleitung und Förderung von der Produktion der Waren bis zum Vertrieb und Absatz.

Wenn ich noch etwas zu der Aktion sagen darf, die gerade in Sachsen-Anhalt angelaufen ist, Pakete aus Sachsen-Anhalt in den Westen zu schicken. Wir machen das also auch. Wir haben übermorgen in Halle eine konstituierende Sitzung, und ich werde dort den neugewählten Vollversammlungsmitgliedern den Vorschlag machen, daß die 78 Vollversammlungsmitglieder ihren 78 Kollegen aus Karlsruhe, das ist unsere Partnerkammer, daß sie denen ein Paket aus dem Osten zusenden mit Produkten, die hier im Osten erzeugt worden sind, damit sie sich von der Qualität überzeugen können.

Ich muß Ihnen sagen, wenn man im Jahre 1991 den damaligen Wirtschaftsminister Möllemann erklären mußte, was Listungsgebühren sind, das ist natürlich fatal. Wenn ein ostdeutsches Produkt nicht auf Augenhöhe im Regal liegt, ist es schwer zu verkaufen. Und unsere Produzenten sind überrascht worden,

als man ihnen 1991/92 mitgeteilt hat, wenn er z. B. schon mit seinem Zorbiger Pflaumenmus in den Markt will, aber dann bitte für Edeka von Garmisch-Partenkirchen bis hoch nach Schleswig-Holstein. Damit waren damals und sind auch heute noch viele ostdeutsche Firmen überfordert. Sie haben das nicht geschafft, sie haben das Potential nicht gehabt und dazu braucht man ganz einfach Verständnis. Ich hoffe, wenn die Pakete bei unseren Karlsruhern angekommen sind, daß das eine oder andere Produkt auch auf dem Markt im Westen in den Regalen erscheinen wird.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön, Herr Fell. Ich habe jetzt noch acht Fragen. Ich schlage vor, daß wir dazu übergehen, die Fragen ein bißchen zu sammeln. In dem Sinne wäre der nächste Herr Spiller.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe eine Frage an Frau Lotzmann. Sie haben in Ihrem Beitrag vorhin darauf hingewiesen, nach Ihrem Eindruck gebe es in Westdeutschland nach wie vor sehr viele Vorbehalte gegenüber ostdeutschen Produkten. Und nun ist das ja etwas verblüffend, weil Sie aus einer Branche kommen, die eigentlich über Jahrzehnte einen sehr guten Absatz bei westdeutschen Großabnehmern hatte. Eine Branche, die allerdings auch nie die Chance hatte, bei dem Endkunden, dem Endverbraucher, auch die eigene Marke zu präsentieren, sondern sie wurde immer versteckt. Es war sozusagen ein anonymer Lieferant, da kam allenfalls noch ein Markenzeichen des Vertreibers hinein. Wenn Sie sagen, da sind immer noch Vorbehalte, dann glaube ich, daß es auch umgekehrt eine ganze Reihe Grundsympathien gibt, daß man eigentlich gerne kaufen möchte. Was müßte geschehen, um solche Vorbehalte abzubauen?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Kutzmutz bitte.

Abg. Rolf Kutzmutz (PDS): Eine Frage, die sich mit der Zukunft von Unternehmen beschäftigt. Vorhin wurde gesagt, man solle im Osten nicht mit Durchschnittszahlen rechnen. Nun ist aber immer wieder gesagt worden, 500.000 Unternehmen mit etwa 3,4 Mio Beschäftigten seien im Mittelstand entstanden. Jetzt gibt es den aktuellen Steuerstreit zwischen Kommunen und Unternehmen und Herrn Waigel. Ich nenne das Stichwort Gewerbesteuer. Jetzt meine Frage an Sie, die Praktiker. Inwieweit denken Sie, wenn die Gewerbesteuer eingeführt würde, das ist ja der Streitgegenstand, inwieweit denken Sie, wie viele Betriebe oder Unternehmen würde das in Ostdeutschland betreffen?. Ich weiß, daß die Steuer etwa 500 bis 600 Mio. DM einbringen würde. Auch die Ausfälle wurden ausgerechnet, aber mit welcher Anzahl von Betrieben rechnen Sie etwa in Ostdeutschland, die davon betroffen wären?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Wen wollen Sie fragen, Herr Kutzmutz?

Abg. Rolf Kutzmutz (PDS): Ich frage das allgemein, wer sich dazu äußern will.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Es ist natürlich etwas bequemer, wenn wir wissen, wen wir ansprechen sollen. Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine Frage richtet sich an Frau Lotzman und Herrn Fell. Mich würde interessieren, und die Frage schließt gewissermaßen an eine Bemerkung von Frau Lotzmann an, inwieweit Sie denn prinzipiell und perspektivisch die Möglichkeiten einer Kooperation des ostdeutschen Mittelstandes mit osteuropäischen Unternehmen sehen bzw. überhaupt einer Kooperations- und Arbeitsgemeinschaft nach Osteuropa Erfolg beimessen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich möchte fragen, wer auf die Frage nach der Gewerbekapitalsteuer antworten möchte, weil das wohl das komplizierteste Thema ist. Herr Fell bitte.

Wolfgang Fell: Ich werde es versuchen. Ich habe natürlich den Vorteil, daß ich eine Kammer hinter mir habe, und ich zu solchen Sachen schon sehr oft gesprochen habe. Es dürfte wohl klar sein, daß die Gewerbekapitalsteuer eine Substanzsteuer ist. Wir haben das mal durchgerechnet und gehen davon aus, daß im Kammerbezirk Halle/Dessau 85 % der Unternehmen zur Gewerbekapitalsteuer herangezogen werden würden. Und das wäre für viele Unternehmen das Aus. Die Unternehmen müßten sich einen Kredit holen, um die Gewerbekapitalsteuer zu bezahlen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke. Herr Fell, wollen Sie auf die anderen Fragen gleich mit eingehen, weil Sie einmal dabei sind?

Wolfgang Fell: Zur Kooperation mit osteuropäischen Firmen. Die Kammer Halle/Dessau hat am 21. November 1996 in Moskau einen Vertrag mit Baschkurdistan unterzeichnet, mit der Industrie- und Handelskammer in Baschkurdistan, ehemals Baschkirien, und hier gibt es schon verschiedentliche Kontakte, die auch als sehr positiv einzuschätzen sind, wo Unternehmen aus unserem Kammerbezirk mit Unternehmen in Baschkurdistan kooperieren werden. Das führt auch dazu, daß z. B. die Deutsche Bank mit der Staatsbank in Baschkurdistan einen Vertrag abgeschlossen hat. Zum zweiten ist man aktiv dabei, eine direkte Fluglinie von dem Flughafen Leipzig/Halle nach Baku bzw. Ufa einzurichten. Es ist notwendig, nach Osteuropa zu gehen, aber immer auch mit dem Blick, daß nichts wegbricht. Es ist natürlich auch gar nicht so einfach, Produkte dahin zu liefern. Das geht recht schnell, aber man braucht dafür auch Geld, und das möchte man möglichst in bar haben und wenn das alles nur über Banken abläuft, über Verrechnung, das ist schon recht kompliziert. Am besten ist es, wenn man mit dicken Koffern mit dem Geld wieder zurück in Leipzig oder in Halle angekommen ist.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön. Frau Lotzmann bitte.

Martina-Elvira Lotzmann: Bei der Bemerkung von Herrn Fell möchte ich einsteigen. Also mit dem Koffer Geld bin ich nicht einverstanden, obwohl ich nun sicherlich in diesem Jahr sehr schwierige Erfahrungen gemacht habe. Die politische Entwicklung in Weißrußland konnte man erst richtig einschätzen, als Lukaschenkow vom Volk gewählt wurde. Aber ich arbeite ja seit sieben Jahren dort drüben, und habe eigentlich die Jahre davor eben genau das nicht gemacht, daß ich mit dem Koffer Geld über die Grenze bin. Ich glaube, wenn wir über seriöse Kooperationen reden wollen, wenn wir darüber reden wollen, mit Osteuropa in Partnerschaft etwas aufzubauen, dann dürfen wir nicht davon ausgehen, daß wir mit einem Koffer Geld über die Grenze kommen müssen, dann können wir die Kooperation vergessen.

Ich sage Ihnen, jeder Russe fragt sich, wenn es ein neues Gesetz gibt, zu allererst, wie kann ich das Gesetz unterwandern. Und das kann ja nicht Sinn der Sache sein, so in einem Wirtschaftssystem zu arbeiten. Daß es im Moment keinen anderen Weg gibt, ist eine andere Frage. Nur ich glaube, wenn wir auf der Ebene nicht nur ein einmaliges Geschäft zwischen Unternehmen anstreben, wenn wir über Kooperationen reden, die dringend notwendig sind, dann müssen wir auch Ordnungsmäßigkeit einfordern, um eine Kooperation aufzubauen.

Ein zweites Thema in dem Zusammenhang, was mich unglaublich bewegt: Wir haben doch immer davon geredet, daß wir Ostdeutschen know-how in Osteuropa hatten, und daß wir uns alle in Osteuropa gut auskennen würden. Ich sage Ihnen eins, wenn Sie nach Samara oder sonstwohin gehen, dort finden Sie massenweise deutsche Betriebe, aber Sie finden kaum einen ostdeutschen Betrieb. Die Westdeutschen sind zum größten Teil nicht selbst dort drüben gewesen, oder wenn, dann sind sie gerade mal bis Moskau gekommen, und glauben, das sei Rußland. Sie haben sich alle die nützlichen Ostdeutschen geködert und die sind jetzt da drüben unterwegs. Und jetzt kommt eigentlich das Problem, was uns Ostdeutsche bewegt. Wir haben einfach die „Kohle“ nicht, um nach Osteuropa zu gehen und das durchzustehen. Ich habe es getan, auch Prioritäten gesetzt, und tue es auch heute noch, aber irgendwo ist es schon für ein mittelständisches Unternehmen ein finanzielles Problem. Das betrifft ja andere Länder genauso. Ich kann in den USA genau so schnell arm werden wie in Rußland.

Zur Frage der Vorbehalte gegenüber ostdeutschen Produkten: Das ist, glaube ich, eines unserer Probleme, daß wir früher so gut und billig für den Westen produziert haben. Sie glauben, daß sie die Strumpfhose immer noch für 32 Pfennige oder 18 Pfennige kaufen können. Da die Firma Esda heute 98 Pfennige für die Strumpfhose haben will, oder was auch immer, ist das schon ein Problem. Und das zweite Problem besteht darin, daß der Westdeutsche von uns nicht eine Eigenkollektion haben will. Solange ich für Louis Ferault genäht habe, und ich bin in der ganze Branche bekannt dafür, was wir für eine Superqualitätsarbeit gemacht haben, und Louis Ferault ist einer der Anspruchsvoll-

sten in der Fertigung seiner Kostüme, war alles in Ordnung. Aber wenn ich sage, ich komme jetzt mit meinen Kostümen, in denen dann „Edition Lotzmann“ steht – das war jetzt der Werbespot – dann bin ich nicht mehr das geliebte Kind, weil ich ja inzwischen Mitwettbewerber geworden bin. Der Vorbehalt hinsichtlich der Ostprodukte resultiert eigentlich daraus, daß man uns einfach nicht zutraut, nach wie vor nicht zutraut, daß wir richtige Spitzenprodukte herstellen können. Das betrifft nicht die Fertigungsqualität, sondern eher das Design. Was man dagegen tun kann, weiß ich nicht. Hier muß jedes Unternehmen einfach in die Offensive gehen. Es nützt sicherlich auch keine Staatsdoktrin mit der Einkaufsinitiative Ost, wenn Unternehmen im Westen gesagt bekommen: Ihr müßt jetzt nach Dresden gehen und Ihr müßt Euch dort anschauen, was da für Produkte entstehen. Das haben wir in der DDR 40 Jahre erlebt, und der Zwang hat eigentlich nichts bewirkt. Wenn z. B. Tengelmann aber jetzt aufgrund der Ostpakete-Initiative von selbst sagt, da sind ja ein paar Produkte dabei, die gut sind, und wenn die Preise stimmen sollten, dann kommen wir sicherlich auch ins Geschäft. Das eigentlich der Weg, den man keinem Unternehmen ersparen kann. Ich glaube nicht, daß wir das über eine Doktrin erreichen können, damit Ostprodukte besser in den westdeutschen Markt kommen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, das war die erste Dreierunde. Herr Eppelmann bitte.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Drei Fragen habe ich. Davon eine, die ich vorhin schon einmal gestellt, aber keine Antwort bekommen habe. Ich versuche es noch einmal. Die erste Frage an Herrn Fell, die zweite und die dritte Frage, wenn Sie wollen, an alle.

Es gibt eine ganze Reihe von Insolvenzen im Mittelstand. Mich interessieren jetzt nur die in den neuen Bundesländern im mittelständischen Bereich. Läßt sich sagen, wieviel Prozent von diesen Insolvenzen alleine darauf zurückgehen, daß eine mangelnde Zahlungsbereitschaft der Kunden der Grund gewesen ist? Wieviel Prozent der Firmen gebe es heute noch, wenn die Kunden, nachdem sie die Ware oder die Dienstleistung erhalten haben, sofort bezahlt hätten?

Zweite Frage: Die Koalition hat sich in den letzten Monaten gequält, um das ihrige dazu beizutragen, damit es mehr Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland gibt, zum Teil auf dem Hintergrund von Erwartungen, die die Industrie oder der Mittelstand an uns herangetragen haben. Wie beurteilen Sie das, was die Regierung in diesem Bereich getan hat? Müßte möglicherweise noch mehr passieren? Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, neue Arbeitsplätze im Mittelstand unter den gegenwärtigen Bedingungen zu schaffen, auf dem Hintergrund dessen, daß fast alle der Meinung sind, die Industrie wird diese neuen Arbeitsplätze nicht schaffen, sondern neue Arbeitsplätze kämen im wesentlichen aus dem Mittelstand und aus dem Handwerk.

Die Frage, die ich vorhin schon einmal gestellt habe: Fördermittel heißt ja – zum Teil zumindest – öffentliche Fördermittel oder öffentliche Begünstigung,

d. h. da haben wir alle etwas dazu gegeben. Gleichzeitig höre ich, daß Sie große Schwierigkeiten haben, was das Eigenkapital angeht. Was halten Sie von Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand bzw. in Steuerzahlerhand, und wäre das nicht auch ein Akt der Fairneß, daß diejenigen, die jetzt etwas dazu geben, nachher auch etwas davon erhalten, wenn es Gewinne gibt?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Professor Dr. Huber bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Ich hätte zwei Fragen an jeden, der darauf antworten möchte. Die eine Frage betrifft die Zahlungsmoral. Es ist heute vormittag schon angesprochen worden, daß natürlich das Bürgerliche Gesetzbuch Ihnen ja die Möglichkeit eröffnet, einen Verzugsschaden beim säumigen Schuldner geltend zu machen, und, wenn dieser noch liquide ist, ihn zur Not auch zwangsweise durchzusetzen. Meine Frage: Die Zahlungsmoral betrifft ja nicht nur die Firmen hier in den neuen Bundesländern, sondern ist wahrscheinlich ein gesamtdeutsches Problem. Haben Sie nur auf Grund Ihrer dünneren Eigenkapitaldecke besonders darunter zu leiden, oder ist es gar kein spezifisches Problem, was Sie hier als ostdeutsche mittelständische Unternehmen angeht?

Zur zweiten Frage: Alle vier Referenten haben mit mehr oder weniger deutlichen Nebensätzen auf die Rolle der Verwaltung beim Aufbau Ihrer Unternehmen hingewiesen. Die Stellungnahmen waren insoweit jedoch nicht ganz einheitlich. Herr Werner hat sich über die Steuerverwaltung beklagt und über die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen; Herr Fischer hat über die Überregulierung geklagt; Frau Lotzmann hat dagegen die Treuhand und die BvS positiv bewertet, und Herr Fell hat von der „Aufbaufunktion“ der Kammern und ihrer Beratungstätigkeit gesprochen.

Meine Frage betrifft deshalb Ihre ganz persönlichen Erfahrungen. Haben Sie die Verwaltung, und wenn ja, in welchen Bereichen, eher als Förderer oder eher als Hemmschuh Ihrer unternehmerischen Tätigkeit erlebt? Lag das an objektiven Hemmnissen oder möglicherweise an einem noch überlieferten (preußischen) Beamtenelbstverständnis, das den Bürger nicht so sehr als Kunden, sondern als „Bittsteller“ begreift?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Kurzhals bitte.

Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich habe zwei Fragen. Alle Jahre wieder kommt nicht nur Weihnachten, sondern auch das Problem der Lehrstellen in Deutschland. Nun haben wir ja heute gehört, daß der Mittelstand und das Handwerk die tragende Säule unserer Volkswirtschaft sei. Finden Sie es richtig, daß jetzt alle Welt sozusagen still und heimlich dem Mittelstand alleine die Ausbildung unserer jungen Menschen überläßt? Immer mehr klinkt sich auch die Öffentliche Hand aus der Ausbildung aus, ebenso die Großindustrie. Wie ist Ihre Erfahrung mit der Lehrlingsausbildung? Wie sieht es in Zukunft aus?

Haben wir da noch mehr Probleme, weil ja in den nächsten Jahren auch stärkere Jahrgänge zu erwarten sind? Das wären die Fragen an alle vier Referenten.

An Herrn Fell noch einmal eine Nachfrage: Wir haben gerade von der Gewerbesteuer gesprochen, und Sie haben etwas gesagt, das war für mich überraschend, daß 85 % aller Unternehmungen im Kammerbezirk Halle/Dessau Gewerbesteuer zahlen, einschließlich der Banken und der noch vorhandenen Großbetriebe. Mir ist aber aus den Altbundesländern bekannt, daß da nur 15 % der Betriebe Gewerbesteuer zahlen. Können Sie mir das erklären?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Persönlich angesprochen sind Frau Lotzmann und Herr Fell. Ich fange mit Frau Lotzmann an. Und die anderen, die nicht benannt sind, denken bitte einmal darüber nach, welche Frage sie als ihre eigene Frage betrachten wollen. Frau Lotzmann bitte.

Martina-Elvira Lotzmann: Ich fange bei der Frage der Schaffung neuer Arbeitsplätze an. Ich bin nicht ganz der Auffassung, daß die wenige Industrie, die da ist, nicht in der Lage sei, auch weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Ich mache es aber auch wieder an meinem Beispiel transparent. Ich überlege mir schon bei jeder einzelnen Arbeitskraft, ob ich sie wirklich einstellen muß oder nicht, da es erhebliche Pflichten des Unternehmers gegenüber den einzustellenden Arbeitskräften gibt. Ich wünsche mir eigentlich jetzt nicht eine spezielle Förderung oder zusätzliches Geld, auch keine Abgaben für wegfallende Arbeitsplätze oder für fehlende Lehrstellen, oder so etwas, weil das alles Dinge sind, die nur restriktiv wirken. Ich glaube aber, wenn ein Unternehmen wirklich Arbeitsplätze schafft, und so etwas wird z. B. bei den Investitionen über Steuern vergolten, wenn man bestimmte Voraussetzungen und bestimmte Grundbedingungen vom Gesetzgeber schaffen würde, würde mancher Unternehmer über zusätzliche Investitionen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze nachdenken.

Mit der zweiten Frage bin ich Moment selbst etwas überfordert. Der Staatssekretär Ludwig war unlängst mit uns zusammen und sprach davon, daß das Arbeitsförderungsgesetz in einem bestimmten Rahmen überarbeitet wird, bezüglich der Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften. Wenn so etwas eintritt, dann ist das eine Alternative dazu, die mit Sicherheit äußerst nützlich wäre, um die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu stimulieren. Andererseits baue ich selbst Lohnarbeitnehmer im Moment um mich herum auf, die juristisch selbständig sind, aber von mir Arbeit bekommen, auch hier in Ostdeutschland, nicht nur im Ausland. Es ist eigentlich egal, wo ich die Arbeitsplätze schaffe, die Hauptsache ist, es wird Arbeit geschaffen.

Zur Frage der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Ich weiß es nicht so genau. Ich kann das nicht so genau überschauen, was dann irgendwann auf mich zukäme. Im Prinzip habe ich gegen die Grundidee eigentlich gar nichts. Warum soll das Geld nicht auch an die Öffentliche Hand bzw. an den Arbeitnehmer zurückfließen, wenn der Betrieb richtig läuft und Geld verdient wird?

Aber es muß in einer gerechtfertigten Form sein, so daß das Unternehmen dadurch nicht geschädigt wird.

Zur Frage der Zahlungsmoral der Westdeutschen. Da meine ich schon, daß wir Ostdeutschen mehr davon betroffen sind, weil wir einfach zu wenig Geld haben. Wir können schon den kleinsten Zahlungsausfall kaum ausgleichen. Ich sprach vorhin davon, wir sind inzwischen so weit, daß der Vorlieferant Vorkasse will, und der Nachlieferant sowieso nicht nach 60 Tagen zahlt. Damit wird die Decke immer kürzer. Bei westdeutschen Unternehmen ist es natürlich genauso ein Problem, der hat ja inzwischen auch Liquiditätssorgen, nur ist er natürlich ein bißchen reicher als wir und hat somit ein bißchen länger Zeit, bis ihm die Luft abgeschnürt wird. Die Bürokratie ist ein Hemmschuh, das ist schon wahr. Aber aus meiner Erfahrung kann ich nur sagen, es sind mir Gesetze und Regelungen lieber, als ins Bodenlose zu fallen. In Osteuropa ist es schwieriger, da dort überhaupt keine Gesetze oder Regelungen existieren. Daß uns die Bürokratie Probleme macht, und daß auch vieles überorganisiert ist, daß ist eine ganz andere Frage.

Einige Bemerkungen zum angesprochenen Problem der Lehrstellen: Ich bin ja sehr für Lehrstelleninitiativen. Ich habe dieses Jahr Lehrlinge gesucht, ich habe keine gefunden. Wir haben eine Umfrage im Groß- und Außenhandel gemacht. Von allen ostdeutschen Präsidenten kam die gleiche Antwort. Es gebe in den einzelnen Ländern mehr Lehrstellen als Lehrlinge und es gebe Lehrlinge, die haben keine Lehrstelle, aber die wollen auch gar keine haben. Also auch hier glaube ich, das ist wieder der typische Fall, wir sollten dem Mittelstand, der willig ist, Lehrlinge auszubilden, eine Chance geben und ihn entlasten. Ich würde auch gerne noch ein paar Lehrlinge ausbilden, aber ich bin nicht bereit, 1.000 DM für einen Lehrling zu bezahlen, wenn meine Näherinnen 1.200 DM Leistungslohn bekommen. Hier sollte man Entlastungen für den Mittelstand schaffen. Wir müssen m.E. aber aufhören, nur nach Lehrstellen zu schreien und die Entwicklung, die etwas überproduzierte Sorge um die Jugend, vernünftig betrachten. Wir müssen beim „Krebsschaden“ anfangen, nämlich die Jugend dazu erziehen, daß sie sich wieder bemüht, eine Lehrstelle zu bekommen. Wenn ich höre, daß der Lehrling sagt, nach seiner Lehre suche er sich sowieso keinen Job, und er sei froh, daß er gar nicht in dem Unternehmen bleiben brauche, weil er sowieso erst einmal zu Hause bleiben und sich ausruhen wolle, dann glaube ich, sind wir wieder bei diesen „Krebsschäden“, weil wir einfach sozial zu gut abgesichert sind. Die Sache ist also zweischneidig. Letztlich braucht der Mittelstand aber eine Unterstützung, um Lehrlinge auszubilden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, Frau Lotzmann. Herr Fell bitte.

Wolfgang Fell: Zu ihrer Frage bezüglich der Insolvenzen und mangelnden Zahlungsbereitschaft, Herr Vorsitzender. Wieviel Prozent von diesen Insolvenzen allein darauf zurückgehen, daß eine mangelnde Zahlungsbereitschaft der Kunden dazu geführt haben, daß die Firmen zur Gesamtvollstreckung ka-

men, das kann ich Ihnen nicht sagen. Bezüglich der Prozentzahl bin ich wirklich überfragt. Aber es ist natürlich auch ein Teufelskreis. Es ist ja mitunter nicht immer böse Absicht. Aber ich muß hier auch noch einmal ganz eindeutig sagen, daß ich aus meiner Sicht als Brennstoffhändler nicht zulasse, daß man die Öffentliche Hand einseitig kritisiert. Ich habe innerhalb von 14 Tagen mein Geld. Ich habe damit kein Problem. Wen es am meisten trifft, das ist die Bauindustrie. Aber das ist auch eine Frage der Qualität und da ich selbst jetzt einen neuen Firmen- und Privatsitz gebaut habe, muß ich Ihnen sagen, was ich dort erlebe, ist eine Katastrophe. Und daß dann natürlich der Bauherr nicht die volle Summe bezahlt, und daß das beim Kleinunternehmen natürlich auch zu Schwierigkeiten führen kann, das ist wohl normal. Unsere Lieferungen an den Einzelhandelskunden werden cash kassiert. Bei den Betrieben, außer der Öffentlichen Hand, werden Zahlungsziele von 90 Tagen von den Unternehmen in Anspruch genommen. Das ist keine Seltenheit Und wenn ich heute vom Leuna-Raffinerie-Standort wegfare, liegt morgen die Rechnung bei mir im Briefkasten. Aber diese schlechte Zahlungsmoral, muß ich ganz eindeutig sagen, ist vom Westen übergeschwappt, und das haben sich die hiesigen Kunden sehr schnell angenommen. Es ist natürlich für mich schon, und da komme ich auf Ihre Frage zurück, wichtig, die Gerichtsbarkeit in dieser Hinsicht zu verstärken. Aber wenn wir die Kraft aufwenden, einen Parksünder, der im Parkverbot steht und 30 DM nicht bezahlt, bis zur Haftandrohung verfolgen, dann stimmt in diesem Land etwas nicht. Das ist für mich eigentlich das Fatale. Wir müssen uns darauf konzentrieren, denjenigen, der das Geld hat, eine Leistung bestellt hat, die Lieferung dazu bekommen hat, den müssen wir so schnell wie möglich, notfalls per Gericht, dazu bringen, auch dem Vorlieferanten sein Geld zu geben.

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Mittelstand: Es ist richtig, daß 80 % der Arbeitsplätze im Mittelstand geschaffen werden und nicht in der Großindustrie. Nun haben wir hier nicht mehr die Großindustrie, wie sie mal zu DDR-Zeiten existierte. Da ich ein bißchen wegen der Brennstoffe mit denen zu tun hatte, darf ich Ihnen sagen, daß bei der Mitteldeutschen Braunkohle zu DDR-Zeiten 55.000 Beschäftigte in Lohn und Brot standen. Wir haben heute noch 7.000 Beschäftigte, und das ist durch viele Maßnahmen sozialverträglich geregelt worden. Es ist natürlich nicht einfach, wenn ein Mann mit 40, 45 Jahren heute zu Hause ist. Die Braunkohle existiert heute ohne Subventionen, und im westdeutschen Steinkohlenbergbau sind es heute 12 Milliarden Subventionen, da ist die Frage der Einsparungspotentiale in diesem Land recht groß.

Zur Bürokratie in der Verwaltung: Ja Gott, Bürokratie, wo ist sie nicht überall, der Amtsschimmel wiehert überall. Es ist eben ein Gesetz und ein Beamter zieht das durch nach Treu und Glauben. Dem entgegen zu treten, ist natürlich ganz schwer. Aber die Gesetzesflut, die haben wir ja nun mal mit dem 3. Oktober 1990 überstülpt bekommen, und damit müssen wir nun leben. Es ist wirklich angesagt, die Gesetze, nicht nur das Steuerrecht, sondern allgemeine Gesetze zu reformieren, und ein bißchen Licht in den Dschungel der Gesetzeschlangen zu bekommen, um auch ein bißchen wieder atmen zu können.

Komplizierter wird es wahrscheinlich, wenn Sie sich mit einem produzierenden Unternehmer unterhalten würden. Er hat Auflagen z. B. zur Umweltverträglichkeit etc. einzuhalten, wobei sie hier im Osten Deutschlands schnellere Genehmigungsverfahren durchziehen als in den alten Bundesländern. Da gibt es also auch positives zu vermelden.

Herr Eppelmann, zu Ihrer Frage Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Da bin ich auch nicht der kompetente Mann, ebenso wenig wie Frau Lotzmann. Da müßte man hinterfragen, was kommt nachher auf den Unternehmer zu? Was passiert Ihnen, wenn sie mit ihrer Firma und dem Geld der Arbeitnehmer baden gehen? Ich muß sagen, Geld gibt es auch im Osten genug. Der Sparkassen- und Giroverband hat vor einigen Tagen erklärt, daß zwar die Ostdeutschen auf der hohen Kante prozentual nicht so viel haben wie die Westdeutschen. Aber die Summe soll nicht unerheblich sein, was dort auf der hohen Kante liegt. Der Sparkassen- und Giroverband sagt aber auch, das Kapital muß in den Kreislauf der Wirtschaft. Da fragt man sich natürlich, wie man das Kapital auch wieder vermehrt zurückbekommen kann. Es gibt so ein dummes Sprichwort, Kapital ist so scheu wie ein Reh. Daher muß man natürlich Möglichkeiten schaffen, daß der private Geldgeber sein Geld, auch mit der entsprechenden Rendite, wieder zurückbekommt.

Frau Kurzhals, Ihre Prozentangaben zur Gewerbekapitalsteuer heben sich sehr von meinen Prozentangaben ab. Die Gewerbekapitalsteuer ist ja bis zum 31.12.1996 in den neuen Bundesländern ausgesetzt. Von unserer Steuerabteilung habe ich die Zahl erhalten, daß 85 % aller Unternehmen im Kammerbezirk Halle/Dessau zukünftig Gewerbekapitalsteuer zahlen müßten. Das leuchtet mir auch irgendwo ein, weil sie Gewerbekapital nicht nur aus ihrem Eigenkapital, sondern auch aus den Anlagen, aus den Krediten und aus den Immobilien haben. Wenn Sie einen Betrieb haben, der über die entsprechenden Gebäude verfügt – DM-Eröffnungsbilanz, Stichtag 1.7.1990 – wissen Sie, ist es häufig passiert, daß man die Bewertung der Unternehmen ziemlich hoch angesetzt hat, und so stehen sie heute da und ihre Kredite, die sie haben, haben sie zu 50 % der Gewerbekapitalsteuer zu unterziehen. Damit kommen sie insgesamt im Kammerbezirk Halle/Dessau auf 85 %, das ist getestet worden. Man hat in verschiedenen Branchen angerufen, und hat sich deren Zahlen geben lassen, und so kommen Sie auf einen Wert von 85 % Natürlich sind dort auch Altschulden dabei. Schon alleine Firmen, die zu DDR-Zeiten im Westen einkaufen durften, die sind mit einem Umrechnungskoeffizienten von 1:4,3 belastet worden. Wer also für eine Mio. DM eingekauft hat, ist mit 4,3 Mio Ost-Mark belastet worden. Und das sind Altschulden.

Zur Frage der Lehrstellen im Mittelstand und der Behauptung, die Öffentliche Hand ziehe sich bei der Ausbildung der Lehrlinge zurück. Ich habe im vorigen Jahr zur letzten Vollversammlung im November des Jahres 1995 gesagt, wir werden wohl dieses Jahr zwischen Weihnachten und Neujahr mit der Lehrstellenkampagne in der Öffentlichkeit stehen, und so war es auch. In den neuen Bundesländern haben sie bei 1.000 Beschäftigten im Durchschnitt 9,5 bis 9,8

Lehrlinge. In den alten Bundesländern liegt die Zahl bei sieben Lehrlingen pro 1.000 Beschäftigte. In den neuen Bundesländern wird somit in den Betrieben mehr ausgebildet als in den alten Bundesländern, das sollte man wissen. Zweitens: Die Gewerkschaften bilden überhaupt nicht aus. Drittens: Wir haben jetzt durch das Rüttgers-Programm Gelder freibekommen, um Lehrlinge in einem Ausbildungsring, das ist ein Zusammenschluß der Kammer mit den Landräten, auszubilden. Wir sind in der Lage, 850 Lehrlingsplätze zu vergeben. Ausbildungsring bedeutet, die Bezahlung erfolgt über das Arbeitsamt inklusive des Ausbilders, aber der Lehrling ist in der Arbeitswelt und im Betrieb integriert. Er bekommt eine Ausbildung über dreieinhalb Jahre, davon drei Jahre kaufmännische und ein halbes Jahr technische Ausbildung. Wenn er ausgebildet hat, kennt er den Betrieb und dessen Umwelt. Also nicht wie bei überbetrieblichen Ausbildungsträgern, wo die Lehrlinge mehr oder weniger nur in einem Raum sitzen, und dort beschult werden. Wir haben für die 850 Ausbildungsplätze 850 Lehrlinge angemeldet. Es haben sich 65 Lehrlinge zurückgemeldet, wie ich heute erfahren habe, die Interesse an einer Ausbildung haben. Wir haben im vergangenen Jahr in unseren vier Außenstellen, unserer Bildungs-GmbH – die Kammer Halle/Dessau hat eine 100 %-Tochter – 205 Lehrlinge eingestellt. Das sind die Maßnahmen nach § 40 Abs. II. Von diesen 205 Lehrlingen, die am 15. August eingestellt worden sind, sind jetzt nur noch 165 Lehrlinge da. Die anderen sind zwangsläufig wegen Krankenscheinfälschungen, Bummeleien etc. entlassen worden. Das sind also die Lehrlinge, die eigentlich nicht willens sind, sich auszubilden zu lassen. Das ist die Kehrseite der Medaille. Wir haben natürlich auch, und da stimme ich völlig mit der Frau Lotzmann überein, viele Betriebe, die ihre Stellen auch gemeldet haben. Kein Betrieb ist verpflichtet, seine Lehrlingsstellen dem Arbeitsamt zu melden, und da sehen Sie schon die Diskrepanz, weil das Arbeitsamt nur ca. 30 % der Stellen gemeldet hat und 100 % der jungen Menschen gehen dahin und melden sich, weil sie einen Lehrlingsplatz suchen, und da geistern dann Zahlen im Blätterwald herum, die eigentlich so nicht stimmen. Wenn von 850 freigemeldeten Stellen im Ausbildungsring sich nur 65 Jugendliche ausbilden lassen wollen, in den verschiedensten Berufen, das finde ich schon traurig. Aber auch bei allen Problemen, die es irgendwo geben wird, die es überall gibt, und man kann nicht jeden Winkel in den neuen Bundesländer ausleuchten, das Gros der Lehrlingsausbildung haben wir auch in diesem Jahr geschafft.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich bin gezwungen, auf die Uhr zu schauen, unsere Zeit ist eigentlich um. Natürlich möchte ich gerne Herrn Fischer und Herrn Werner abschließend noch einmal das Wort geben. Herr Fischer bitte.

Martin Fischer: Die Lehrausbildung im Handwerk läuft an und für sich sehr gut. Da gibt es keine Schwierigkeiten, jedenfalls nicht in unserer Branche. Die ausgebildeten Lehrlinge unterzubringen, bedeutet für unsere Branche auch keine Schwierigkeiten. Sie werden gerne in den alten Bundesländern Richtung Hannover/Braunschweig nach Beendigung der Lehre aufgenommen, weil sie natürlich sehr gut sind, da wir unsere Lehrlinge immer noch belehren, nicht

aus der Tüte zu produzieren, sondern mit Mehl und Wasser ein anständiges Brot zu backen, ohne viel Chemie. Das hat sich langsam herumgesprochen, ohne das Wort „Bio“ nun besonders hervorzuheben.

Zum Thema Mittelstand und Arbeitsplätze einige wenige Bemerkungen: Ich möchte Sie daran erinnern, Förderstedt liegt in der Nähe von Staßfurt. Da gab es einmal ein sehr großes Fernsehgerätewerk, und dieses Fernsehgerätewerk hat natürlich sehr viele und große Federn lassen müssen. Darunter leidet die gesamte Region. Von den ehemals 3.000 Brötchen, die das Fernsehgerätewerk von mir bezogen hat, wurden es immer weniger, und heute sind es 300 Brötchen. Das ist natürlich auch nicht planmäßig verlaufen. Die gesamten Zulieferbetriebe waren mittelständische Unternehmen aus dem Magdeburger Raum bis nach Thüringen. Die Unternehmen sind alle weggebrochen, bis auf wenige Ausnahmen. Ich denke z. B. an die Mode und die Miederwarenproduktion in Staßfurt, die heute ein schweizerisches Unternehmen übernommen hat. Das ist gerade für unsere Frauen besonders wichtig, da das ja eine ausgesprochene Frauendomäne ist. Diese Firma hatte einmal Weltruf, auch, wenn auf den Produkten „Triumph“ stand.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Werner bitte.

Bernd Werner: Noch einmal ganz kurz zu einigen aufgeworfenen Fragen aus meiner Sicht. Es ist schwierig, im Handel Arbeitsplätze zu schaffen. Die Firma muß expandieren und im Rahmen der Expansion kann ich dann Arbeitsplätze schaffen, aber das muß genau überlegt werden. Ich habe gelernt und es hat sich wieder einmal bestätigt, daß wir unter dem Begriff Mittelstand alle Unternehmen gleichsetzen, tatsächlich aber hat jede Branche ihre Eigenheiten. Das zeigt sich u. a. darin, daß z. B. Frau Lotzmann wunderbar mit den Banken auskommt und ich komme mit ihnen nicht so gut zurecht. Die Banken sind in der gesamten Bundesrepublik, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen, außerordentlich hartleibig, was den Handel betrifft, und das ist ein großes Problem.

Einige Bemerkungen zur Zahlungsmoral: Es ist bereits festgestellt worden, daß wir in ganz Deutschland Probleme mit der Zahlungsmoral haben. Im Osten wird es schwieriger, weil eine zu dünne Kapitaldecke uns zunehmend in Schwierigkeiten bringt. Ich habe viele, viele Leute gesprochen, die sagen „Du bist doch blöd, wenn du gleich bezahlst. Schiebe es doch auf die lange Bank, das bringt erst noch einmal Zinsen.“ Also wer gleich zahlt ist blöd und klug ist der, der es nach hinten schiebt.

Es wurde nach der Treuhandanstalt gefragt, und ob sie Förder- oder Hemmschuh sei. Ich erzähle Ihnen mein eigenes Erlebnis. Wir handeln alle in ganz kleinen Geschäftseinheiten. Die Treuhandanstalt hatte in der Anfangszeit HO- und Konsumgeschäfte ausgeschrieben. Ich will Ihnen gar nicht erzählen, unter welchen Bedingungen das geschah. Ich habe mich um ein Geschäft in der Innenstadt Leipzig beworben. Heute bin ich froh, daß ich es damals nicht bekommen habe. Ich hatte mehrere 10.000 DM dafür geboten, der Zuschlag ist

nach Nürnberg, zur Vereinigung der Spielwarenfachgeschäfte (VEDES), gegangen. Nun bin ich durch Zufall VEDES-Mitglied. Ein VEDES-Vertreter kam jetzt zu mir nach Leipzig und fragte, ob ich das Geschäft haben wolle, denn sie hätten den Zuschlag bekommen. Nebenbei muß ich erfahren, daß die VEDES 1.000 DM geboten hatte. Ich habe später Gelegenheit gehabt, mit jemanden darüber zu sprechen. Man hat mir zu verstehen gegeben, daß ich nur der Herr Werner aus Leipzig sei und wir heute eine freie Marktwirtschaft hätten. Die Firma VEDES sei eben ein Begriff, mit dem man etwas anzufangen wußte, und mit dem Namen Werner konnte man nichts anfangen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, der Mittelstand ist die Säule der Wirtschaft. Das ist richtig, aber verlassen sollten wir uns nicht zu sehr auf die Säule. Wir sind in einer wirtschaftlichen Umschichtung in unserem Land. Ein Konzentrationsprozeß geht in einer rasanten Schnelligkeit voran und auch der Mittelstand verändert sich. Wir werden immer mehr zu kleinen Betrieben. Gerade in meiner Branche sind ausländischen Konzerne angetreten. Gilbert, und wie sie alle heißen, sie kaufen die Geschäfte auf, die mit 30 Mio., 50 Mio. und 100 Mio. DM Umsatz handeln.

Trotz aller Schwierigkeiten würde ich den Weg nochmals gehen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, das ist eigentlich ein schönes Schlußwort. Ermutigung für uns alle. Ich möchte mir eine Zusammenfassung ersparen, das wird sicher an anderer Stelle noch passieren. Ich danke allen, die hier mitdiskutiert haben, die unseren Blick geweitet haben, die uns auch Schularbeiten nach Bonn mitgegeben haben. Dies ist auch der Sinn der Anhörung. Wir wollen ja nicht nur rückwärts schauen. Ich danke insbesondere den Referenten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Herr Kollege Jork. Ich bitte jetzt den Kollegen Spiller, die Moderation zu übernehmen. Gleichzeitig bitte ich die Herren Dr. Wagner, Pöpping, Hühn, Oehler und Dr. Lageman, im Podium Platz zu nehmen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Auch wenn man daran denkt, daß Mittelstand ein sehr unpräziser Begriff ist, haben wir vorhin überwiegend über die Chancen und Risiken von kleinen Unternehmen gesprochen. Zum Mittelstand gehört in Baden-Württemberg mit Sicherheit auch ein Unternehmen, das 3.000 Beschäftigte hat, und das in der ganzen Welt Absatz für seine Produkte findet. Umgekehrt frage ich mich: Ist denn die ganze Förderung der ostdeutschen Wirtschaft nicht fast identisch mit der Mittelstandsförderung, weil es Großunternehmen nur noch in bescheidenem Umfang gibt?

Hier auf dem Podium ist Herr Matthias Hühn vertreten. Er ist Geschäftsführer der Hoffmann-Fördertechnik GmbH in Wurzen. Für das Bundesministerium für Wirtschaft ist anstelle des Parlamentarischen Staatssekretärs Herrn Kolb, Herr Pöpping gekommen. Für das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg ist Herr Oehler und für das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen Herr Dr. Lageman